



CSU-Mann Ramsauer: „Bei keinem Projekt so angefeindet“

FLUGLÄRM

Kleingedruckte Patzer

Der Streit um die Anflüge zum Flughafen Zürich eskaliert. Süddeutsche CDU-Politiker werfen dem Verkehrsminister vor, schlecht verhandelt zu haben.



mobil. „Da sind essentielle Fehler gemacht worden“, schimpft der baden-württembergische CDU-Chef Thomas Strobl. In einem Schreiben an Ramsauer kündigt er gemeinsam mit dem Konstanzer CDU-Abgeordneten Andreas Jung an, den Vertrag im Bundestag zu blockieren. Der

Staatsvertrag werfe „schwerwiegende Fragen“ auf, so die Parlamentarier.

Damit ist der Streit keine lokale Angelegenheit mehr. Denn wenn die 37 CDU-Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg gegen den Vertrag stimmen, hat die schwarz-gelbe Regierung im Bundestag keine Mehrheit. Zumal auch der Koalitionspartner FDP die Zustimmung verweigert. „Der gesamte Verhandlungsprozess war einfach dilettantisch“, sagt FDP-Vizechefin Birgit Homburger, die auch Landesvorsitzende der Liberalen in Baden-Württemberg ist.

Ramsauer verweist darauf, dass er die Zahl der Stunden, in denen Maschinen über deutsches Staatsgebiet fliegen dürfen, deutlich reduziert habe. Damit hofft er offenbar, die Zahl der Flüge über Südbaden insgesamt zu vermindern. „Doch diese Annahme ist falsch“, kritisiert der CDU-Abgeordnete Thomas Dörlinger.

Das Gegenteil sei der Fall: Weil keine Obergrenze für die Anzahl der Anflüge festgeschrieben wurde, werde es wohl zu 110.000 Flugbewegungen pro Jahr über deutschem Gebiet kommen. Das jedenfalls rechnet die Schweizer Seite vor. Dabei wollte Ramsauer die Zahl auf 80.000 begrenzen.

Die Mängelliste ist indes noch länger. Der

Der Minister hatte die Auslandspresse zu Gast, eigentlich sollte es ein gepflegter Austausch über grenzüberschreitende Verkehrsprojekte werden. Doch als die Sprache auf den Flughafen Zürich und den deutschen Widerstand gegen den jüngst unterzeichneten Staatsvertrag kam, brach es aus Peter Ramsauer heraus. „Mir ist in meinem ganzen politischen Leben kein Projekt in Erinnerung, bei dem ich derartig angefeindet und bedroht worden wäre“, schimpfte der CSU-Mann am Freitag vor einer Woche. „Schlicht und einfach skandalös“ sei es, polterte Ramsauer, was ihm an Kritik aus den flughafennahen Regionen Südbadens entgegenschalle.

Dabei sollte eigentlich längst Ruhe herrschen. Erst im September hatte der Verkehrsminister in Bern stolz den Staatsvertrag unterzeichnet, mit dem ein jahrelanger Streit befriedet werden sollte. Stimmen die Parlamente zu, würden damit erstmals die Überflugrechte von Maschinen zum Flughafen Zürich, der nur 15 Kilometer südlich der deutsch-schweizerischen Grenze liegt, vertraglich geregelt. „Es wird künftig mehr Ruhe am deutschen Himmel geben“, versprach Ramsauer.

Doch wenige Wochen später kann von Ruhe keine Rede mehr sein. Jetzt machen ausgerechnet wichtige CDU-Politiker gegen das Abkommen

Minister ließ zu, dass die Maschinen Richtung Zürich künftig statt in 3600 Metern auch in 2400 Metern über deutsches Gebiet fliegen dürfen. Gerechnet in Meereshöhe, wie CDU-Mann Dörlinger genervt ergänzt. Im tausend Meter hohen Schwarzwald würden die Maschinen dann auf 1400 Metern über den Naturpark donnern, so Dörlinger. „Die Topografie dürfte auch im Verkehrsministerium bekannt sein.“

Aus Sicht der südbadischen Parlamentarier hat Ramsauer den entscheidenden Fehler zu verantworten. Nach dem Handschlag zwischen Schweizern und Deutschen im Juli verabredete man, dass trotz offener Punkte beide Seiten die Interpretation der Verhandlungsergebnisse selbst niederschreiben dürfen - auch wenn sie sich beträchtlich unterscheiden.

Ramsauer selbst rechtfertigt sich in einem vertraulichen Bericht für den Tourismusausschuss des Bundestags mit den „teils sehr schwierigen“ Verhandlungen. Doch in der Regierungskoalition schüttelt man den Kopf. „Ich muss doch das Kleingedruckte noch am Verhandlungstisch fixieren“, sagt ein Abgeordneter. „Die einzige Erklärung für den Patzer ist, dass sich beide Seiten übers Ohr hauen wollten.“

Erstmals gerät Ramsauer damit ins Visier von

Deutschland

Politikern der Union. Wenn der Verkehrsminister bislang Ärger mit Großprojekten hatte, dann passte die Frontstellung zur politischen Farbenlehre. Beim Bahnhofsneubau Stuttgart 21 konnte er die grün-rote Landesregierung genauso als Fortschrittsverweigerer hinstellen wie die Grünen beim Ausbau der Stadtautobahn in Berlin. Auch beim Desaster um den Hauptstadtflughafen fanden sich mit den SPD-geführten Landesregierungen von Berlin und Brandenburg geeignete Gegner.

Doch jetzt könnten die eigenen Leute Ramsauer eine Blamage im Parlament beibringen. Damit stünde nach dem Steuerabkommen der zweite deutsch-schweizerische Vertrag in kurzer Zeit vor dem Aus. Der Minister setzt jetzt auf Erklärung, doch das kommt spät.

Am 26. November will Ramsauer Politiker aus den betroffenen Gebieten vom Sinn des Abkommens überzeugen. Ob das gelingt, ist offen. Eine Woche vor dem Krisengespräch wollen Abgeordnete aus Baden-Württemberg beim Schweizer Botschafter protestieren.

Die Bürger vor Ort glauben ohnehin nicht mehr an ein Happy End. „Am Ende müssen sich die rechtfertigen, die wirklich verhandelt haben - und das war die CDU“, sagt Helmuth Uhl. Über seine

Arztpraxis donnern die Flieger im 90-Sekunden-Takt. Auch er hat Ramsauers Worten im Landtagswahlkampf 2011 geglaubt, damals habe der Saal getobt.

Aber es war wohl das letzte Mal, dass der Arzt aus Lauchringen die Union gewählt hat. Im Januar hat er nach 25 Jahren sein CDU-Parteibuch zurückgegeben. „Wenn das hier so weitergeht“, sagt Uhl, „kann sich die CDU bei der Bundestagswahl 2013 auf etwas gefasst machen. Dann nehmen wir die uns noch mal richtig zur Brust.“

SIMONE KAISER, PETER MÜLLER, GERALD TRAUFFETTER